



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Holger Griebßhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Florian von Brunn, Sabine Gross, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Für eine nachhaltige und sozial gerechte Landespolitik: Bayern zum Fairtrade-Bundesland machen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

- der Faire Handel weltweit menschenwürdige Arbeitsbedingungen fördert und faire Einkommen sichert sowie ökologische und soziale Standards entlang globaler Lieferketten.
- für ein wirtschaftsstarkes Bundesland wie Bayern daraus eine besondere politische Verantwortung erwächst, diese Prinzipien aktiv voranzubringen.
- der öffentlichen Hand dabei eine zentrale Vorbildfunktion zukommt, insbesondere durch die konsequente Umsetzung der Grundsätze des fairen Handels in der öffentlichen Beschaffung.
- der Faire Handel in Bayern systematisch zu stärken ist. Bayern soll als Fairtrade-Bundesland zertifiziert werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- einen verbindlichen Fahrplan zur Erfüllung der Kriterien von Fairtrade Deutschland vorzulegen und den Zertifizierungsprozess bis spätestens Ende 2026 einzuleiten,
- eine landesweite Steuerungsgruppe zur Koordinierung des Prozesses einzurichten sowie bayerische Bildungseinrichtungen aktiv auf dem Weg zu Fairtrade-Einrichtungen zu unterstützen,
- die öffentliche Beschaffung des Freistaates so weiterzuentwickeln, dass soziale, ökologische und faire Kriterien verbindlich berücksichtigt werden,
- in allen Staatsministerien Fairtrade-Produkte anzubieten; bestehende Teilangebote auf alle relevanten Produktkategorien auszuweiten, flächendeckend einzuführen und bei geeigneten Maßnahmen und Veranstaltungen der jeweiligen Ressorts Perspektive des Fairen Handels einzubeziehen,
- den Landtag regelmäßig über den Stand der Umsetzung und den Fortschritt im Zertifizierungsprozess zu unterrichten.

Begründung:

In Bayern ist der Faire Handel auf kommunaler Ebene, in Bildungseinrichtungen und in der Zivilgesellschaft bereits breit verankert. Zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise sind als Fairtrade Towns ausgezeichnet, hinzu kommen zahlreiche Fairtrade-Schulen, Fairtrade-Hochschulen sowie kirchliche und zivilgesellschaftliche Initiativen.

Bereits im Jahr 2016 verständigten sich alle Fraktionen im Rahmen der Entwicklungspolitischen Leitlinien darauf, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung voranzubringen und den Fairen Handel zu fördern. Der Landtag beschloss damals einstimmig den Ausbau entsprechender Strukturen, insbesondere die stärkere Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien, auch auf kommunaler Ebene. Vor diesem Hintergrund ist der Weg hin zu einem Fairtrade-Bundesland der nächste konsequente Schritt.

In einzelnen Staatsministerien werden bereits Fairtrade-Produkte wie Kaffee, Tee oder Schokolade angeboten, häufig jedoch lediglich punktuell über einzelne Kantinen oder spezifische Vertragsregelungen. Eine verbindliche, landesweit einheitliche Regelung besteht bislang nicht. Für die Zertifizierung als Fairtrade-Bundesland ist es erforderlich, dass in allen Staatsministerien fair gehandelte Produkte konsequent genutzt werden. Dies schafft Transparenz, setzt ein klares politisches Signal und bündelt bestehende Teilinitiativen zu einer landesweit verbindlichen Strategie Regelung.

Mit der Auszeichnung des Saarlands als erstes Fairtrade-Bundesland wurde gezeigt, dass eine koordinierte Landesstrategie, ein Grundsatzbeschluss und eine Steuerungsgruppe zentrale Erfolgsfaktoren sind.

Bayern erfüllt bereits wesentliche Voraussetzungen, benötigt jedoch eine aktive politische Steuerung durch die Staatsregierung, um bestehende Initiativen zu bündeln, sichtbar zu machen und dauerhaft zu verankern.

Die regelmäßige Re-Zertifizierung stellt sicher, dass die Standards überprüft und weiterentwickelt werden. Auf diese Weise kann Bayern seiner landespolitischen Verantwortung gerecht werden und ein deutliches Signal für eine nachhaltige, faire und global verantwortliche Landespolitik setzen.